



Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Sonntag, den 9. Oktober 1881.

Nr. 470.

Deutschland.

Berlin, 8. Oktober. Wie die „Post“ mittheilt, geht die Reichsregierung damit um, ein Statut aufzustellen, welches für die auf Grund der §§ 97 ff. der Gewerbeordnung (in der Fassung des Gesetzes vom 18. Juli 1881) neu zu bildenden Innungen als Muster zu dienen geeignet ist und nach welchem ältere Innungsstatuten umgearbeitet werden können.

Mit den immer häufiger einlaufenden Berichten über die ganz unvorhergesehene enorme Steigerung des Verkehrs in den großen Dampfbahnen ist das Geschehen über die Vernichtung des Getreidehandels mit Rußland durch die Getreidekrise allmählich etwas verstummt. Die fortschrittliche Presse ist sogar geneigt, selber mit den nöthigen Verhütungsmitteln für ihre früheren Behauptungen aufzuwarten. So lesen wir in einem Königsberger Briefe der „Insterburger Zeitung“ d. d. 3. Oktober:

Durch Annonce in der gestrigen Zeitung fordern die Kornmeister kräftige Arbeiter auf, sich bei ihnen als Getreidebrenner zu melden. Es ist das ein erneutes Anzeichen dafür, daß es in diesem Winter nicht so außerordentlicher Anstrengungen wie in den letzten Jahren bedürfen wird, um unsere Arbeiterbevölkerung den Winter überleben zu lassen. Diese Getreidebrenner verdienen jetzt durchschnittlich 6 Mark pro Tag. Es ist dabei zu veranschlagen, daß diese Leute bei ihrer schweren Arbeit auch eine kräftige Ernährung haben müssen, um bestehen zu können. Wenn man ferner bedenkt, daß sie bei der langen Erwerbslosigkeit fast alle ihre Vermögensgegenstände und außerdem noch Schulden gemacht haben, so darf man sich darüber nicht verwundern, wenn die kleinen Kaufleute in den Arbeiterquartieren versichern, von einer Verbesserung im kleinen Verkehr sei noch nichts zu spüren. Wenn die jetzige Arbeit noch einige Monate anhält, wird hoffentlich auch der kleine Verkehr reger geworden sein. Daß die Schiffsfrachten erheblich gestiegen sind und daß es an Schiffen, namentlich an Segelschiffen, bei uns fehlt, haben wir schon früher berichtet. Der anhaltende Mangel hat es den Segelschiffen unmöglich gemacht, den Hafen von Willau zu gewinnen. Es ist aber bekannt, daß eine ganze Menge Schiffe, ja eine ganze Flotte auf hoher See und außerdem im Sund günstigen Wind abwartet. Wir können mit Bestimmtheit darauf rechnen, daß wir unmittelbar nach Eintritt von Westwind 70—80 Segelschiffe am Plage haben werden. Die Libauer sehen Himmel und Erde in Bewegung, um auf den russischen Eisenbahnen durch Tarifermäßigungen vor Königsberg begünstigt zu werden. Natürlich wird Königsberg die Hände nicht in den Schooß legen, sondern ebenfalls Schritte thun, um mit Libau gleich berechnigt zu sein. Uebrigens ist die Zufuhr aus Rußland so über alles erwarten groß, daß die in ihren Grundprinzipien festgestellte Produktionskraft für jetzt nicht ins Leben treten wird, sondern ihre Thätigkeit erst dann beginnen soll, wenn die Zufuhr durch irgend welche Verhältnisse in andere Bahnen abgelenkt wird.

In Petersburg hat ein Seherstreik stattgefunden, der wahrscheinlich noch eine Art politischen Nachspiels enthalten wird. Jedenfalls ist es bemerkenswert, daß dieser Streik, wohl der erste seiner Gattung in Rußland, hauptsächlich von deutschen Arbeitern und unter thätiger Mithilfe eines Berliner in Szene gesetzt wurde. Das „Berl. Tagebl.“ veröffentlicht darüber folgende Details:

Die Seher des in deutscher Sprache erscheinenden „St. Petersburgers Herold“ verdienen nach dem bisherigen Lohnsatze, je nach Tüchtigkeit, monatlich 65—85 Rubel für Zeilenfab. Dieser Verdienst ist nach hiesigen Verhältnissen als zu hoch zu bezeichnen.

Am letzten Sonntag hielten die Seher, ausgeführt durch zwei Rädelsführer, der eine ist ein Südslawe, der andere ein Berliner, in einer Kneipe, welche kürzlich ein früherer Seher aufgegeben hat, trotz des jetzt herrschenden Belagerungszustandes eine Versammlung ab. Beschlossen wurde dort, daß für den „Herold“ es nicht möglich sei, sich bei seinem jetzigen vergrößerten Format in kürzester Frist die nöthige Anzahl neuer deutscher Seher zu verschaffen, sowie um den russischen Sehern der übrigen Zeitungen zu zeigen, wie man eine Lohnhöhung erzwingen könne, am Dienstag Abend

plötzlich eine jährliche Zulage von 1000 Rubel zu verlangen und bis zur Gewährung derselben zu streiken. Mit Ausnahme der Annoncenmacher traten Alle diesem Vorschlage, ihr Wort verpfändend, bei.

Wirklich stellten die Seher die Arbeit am Dienstag um 9 Uhr Abends ein, worauf der Verleger Dr. Stiffelius den Streikenden sagte: „Da sie ihm die Pistole auf die Brust setzten, müßte er sich, wenn der „Herold“ am andern Morgen erscheinen sollte, zuvörderst dieser Erpressung fügen.“ Vorläufig beruhigten sich die Seher damit.

Wie ein Kaufmann ging die Nachricht des erfolglosen Streiks durch sämtliche Buchdruckereien der Residenz.

Gemäß dem Belagerungs-Zustande meldete der Verleger den Vorfall dem Ober-Polizeimeister General Roslow. Der General wollte anfangs sämtliche Seher des „Herold“ inhaftiren und die Ausländer über die Grenze, die Deutsch-Russen in ihre enger Heimath „abschieben“ lassen.

Dagegen aber remonstrirte Dr. Stiffelius, indem er betonte, das plötzliche Nicht-Erscheinen jenes Blattes aus derartigen Gründen würde bei den jetzigen unruhigen Zeiten ein doppelt großes und schädliches Aufsehen machen; es dürfte leicht die Seher anderer Buchdruckereien zur Nachahmung anspornen, welche dies Nicht-Erscheinen als einen Erfolg des Streiks deuten würden. Er bat einige Tage um Frist, er würde währenddem neue Seher besorgen und die Kollegen der Streikenden müßten dann einsehen, daß solcher Gewaltthat doch keinen nachhaltigen Erfolg habe.

Der Ober-Polizeimeister erwiderte: „Wenn Sie wüßten, was sich in Petersburg vorbereitet, so würden Sie an mich ein derartiges Verlangen nicht stellen. Ich muß unbedingt die Bewegung im Keime ersticken.“

Nach längerer Debatte gewährte aber der General die erbetene Frist bis zum kommenden Sonntag Mittag um 12 Uhr.

Nun stellten aber die Seher des „Herold“ gestern Abend die Bedingung, der Verleger solle bis Donnerstag Mittag 12 Uhr erklären, daß keiner von ihnen in Folge des Streikes entlassen werden würde.

Diesem Verlangen wird nicht gewillfahrt werden, was der Verleger heute Donnerstag Mittag den Leuten persönlich erklären will. Wahrscheinlich wird gleichzeitig die Polizei einschreiten.

Möglich ist es, daß der „Herold“, wenn auch bereits andere Drucker ihn Seher zur Ausbülfe angeboten haben, einige Tage nicht als vollständiges Blatt erscheint.

Das heute eingetroffene „Journal officiel“ enthält das Dekret, durch welches der französische Senat und die Deputirtenkammer für den 28. Oktober zur außerordentlichen Session einzuberufen werden. Das Dekret ist aus Mont-pous-Baudrey vom 2. Oktober datirt, während der Präsident der Republik inzwischen bekanntlich von seiner Versetzung im Jura-Departement wieder nach Paris zurückgekehrt ist. Das hauptsächlichste Organ Gambera's, die „Rep. fr.“, beobachtet bezüglich der Bildung der Ministerfrage gestern noch ein charakteristisches Stillschweigen und zog es vor, in die Ferne zu schweifen und sich mit der Lage des Sultans Abdul-Hamid zu beschäftigen. Bedenkt man nun, daß das erwähnte Blatt, als die Lieblingsschrift des bisherigen Kammerpräsidenten, die Einführung des Listenskrutiniums, auf der Tagesordnung stand, keinen Tag vorübergehen ließ, ohne längere Betrachtungen über diesen Gegenstand anzustellen, so mußte das Stillschweigen in hohem Grade affektir erscheinen, wenn anders es nicht der Verlegenheit entsprang, in welche Gambera durch das Zusammentreffen der Ministerkrisis mit den tunesischen Komplikationen gerathen ist. Hieraus erklärt es sich auch, wenn die „Rep. fr.“ alltäglich von neuem versichert, daß die Situation in Algerien weit weniger gespannt ist und daß ein entscheidender Schlag vor Kairuan unmittelbar bevorsteht. Ein bedeutender Sieg der französischen Waffen in Tunesien würde allerdings den Bestrebungen Gambera's gerade jetzt sehr zu statten kommen, während letzterer andererseits von einem gegen den Kriegsminister General Faure gerichteten Misstrauensvotum leicht mitbetroffen werden könnte. Der „Nat.-Ztg.“ gehen folgende Telegramme zu:

Paris, 7. Oktober. Die von Ranc redigirte „Piette Rep. franc.“ spricht sich entschieden gegen das Projekt der Neubildung des Kabinetts vor Eröffnung der Kammern aus, da das neue Ministerium nicht die Erbschaft des alten annehmen könne. Der „Telegraphe“ will wissen, daß der Rücktritt des Kabinetts bereits am Dienstag oder spätestens am Donnerstag der nächsten Woche erfolgen werde. Der Konseilpräsident Jules Ferry hatte heute zwei lange Besprechungen mit Grevy; heute Abend um 5 Uhr fand im Elyseepalaste ein Ministerrath statt, der bis gegen 7 Uhr dauerte. Unter den Ministern soll keineswegs vollständige Uebereinstimmung betreffs der Art des Rücktritts herrschen.

Paris, 8. Oktober. Die „Rep. fr.“ erklärt heute die Neubildung des Kabinetts vor einer gründlichen Debatte in den Kammern für unmöglich.

— Aus Thorn, 5. Oktober, schreibt man der „N.-Z.“:

Die sozialistische Bewegung greift hier immer mehr um sich und tritt mehr und mehr an das Tageslicht. Die Gründe dafür sind nicht weit zu suchen. Thorn, als Grenzstadt und Grenzfestung, liegt einmal an der Scheidelinie dreier Völker, deren eingewurzelte Gewohnheiten und Ideen in diesem, kaum merklichem Uebergange sich in einander vermischen. Durch Handel und sonstigen Verkehr findet nun in der Grenzstadt ein Konfluiren der Vertreter dieser Völker und ein reger Austausch der verschiedenartigen Gesinnungen statt. Andererseits soll Thorn durch den Bau starker Forts seiner wichtigen Bestimmung entgegengesetzt werden, wie Straßburg gegen Frankreich, so auf der Oppseite das Glacis gegen Rußland zu bilden, seitdem letzteres 1815 sein wahres Freundschaftsgeschick dadurch bekundete, daß es dem verbündeten Preußen die Last des Landes am linken Weichselufer wohlwollend abnahm. Durch den Bau der Forts wird nun ebenfalls dauernd ein Zusammenströmen von tausenden von Arbeitern herbeigeführt, verschiedener Nationalitäten und durchweg sehr niedrigen Bildungsstandes. Einen Hauptbestandtheil des Grenzverkehrs und der Arbeiter am Fortbau machen nun die Polen aus. Bekannt ist, daß die polnische Emigration nicht mehr „Polen und Patriotismus“ allein, sondern hauptsächlich „die Internationalen und den Sozialismus“ auf ihre Fahnen geschrieben hat, daß unter den polnischen Emigranten in London und Paris eine wohlorganisirte, sozialdemokratische Partei besteht, deren Agitatoren im vorigen Jahre die Grenzorte Oesterreichs nach Polen hin, in diesem Jahre nach Posen und Westpreußen untscher machten. Mit dieser Agitation in Verbindung stand das Erscheinen des Sozialisten Mendelsohn in Posen, Thorn und Bromberg. Mendelsohn, der Sohn eines reichen Bankiers aus Warschau, kam vor circa 3 Monaten von Posen nach Thorn, in Begleitung anderer Personen, darunter eine gebildete junge Dame, Marie Jonkowsa, die Frau eines Landwirths in Wolhynien, welche mit einem Studenten Hieronymus Krupowski (in Rawitz verhaftet) nach der Schweiz geflüchtet war. Da diese Personen von der Posener und Thorn'scher Polizei beobachtet wurden, mußten sie ohne jeden Erfolg die Weiterreise antreten und machten demnach in Bromberg Halt. Hier wurden sie von einer Privatperson von Thorn aus verrathen und von der Polizei verhaftet. Mendelsohn gab bei seiner Festnahme an, er heiße Kaiser; er reiste außerdem auch unter Namen wie: Spock, Windholz, Mund u. Seine Gefährtin behauptete, sie heiße Inquer und wäre Lehrerin der französischen Sprache; sie nannte sich dann Janikowska, Jablonska u. Sämmtliche Papiere und 1300 Frs. baar wurden den Agitatoren abgenommen. Vorläufig ist die Untersuchung gegen sie in Posen eingeleitet. Diese Mendelsohn'sche Affäre hatte aber in Thorn noch ihr Nachspiel. Kurz nach der Verhaftung der beiden Personen in Bromberg wurde bei einem wohlhabenden Kaufmann in Thorn von der Polizei eine Kiste konfisizirt, welche folgende Adresse trug: „An das Artillerie-Depot zu Thorn, Militaria!“ — In dieser Kiste fand man nun viele Bücher sozialistischer Inhalts, meist in polnischer oder russischer Sprache: „Russische sozialdemokratische Bibliothek“, „Polnische Monarchie.“ 4. Auflage. Von N. G. Ljermischewski. Genf und Lyon u. A. Der Kaufmann gab an, daß der Hausknecht des Ho-

tels, in dem Mendelsohn logirte, bei ihm die Kiste abgeholt hätte, um sie später zum Speditur zu bringen. Die eingeleitete Untersuchung wird wohl Klarheit in das hiesige sozialistische Treiben bringen. Vorläufig verhält sich gegen die Agitation der polnische Theil der Bevölkerung ziemlich ablehnend. Dagegen haben in Briefen in einer polnischen Wahlversammlung Deutsche für einen polnischen Kandidaten, einen ausgesprochenen Gegner des deutschen Reiches, sich ausgesprochen. Die Absicht, am 2. September in Thorn eine Judenhege in Scene zu setzen, wurde im Keime erstickt durch die Ankunft des Infanterie-Regts. Nr. 11, welches eben vom Schießplatz zurückgekehrt war und seine Truppen an diesem Tage in der Kaserne konfisizirt hielt.

— Die Nachricht französischer Blätter, daß Graf de Saint-Valler aus Gesundheitsrücksichten von dem Botschafterposten in Berlin zurücktreten wolle, wird nunmehr von der „Agence Havas“ dementirt. Das hochoffiziöse Organ betont, daß Graf de Saint-Valler in keiner Weise die Absicht kundgegeben hat, auf seine diplomatischen Funktionen zu verzichten. Die „Agence Havas“ fügt hinzu:

„Wir legen zu großes Vertrauen zu dem Patriotismus unseres Vertreters in Deutschland, um zuzulassen, daß er an seinen Rücktritt denke, und daß der Minister des Auswärtigen ihn autorisiren könnte, die Berliner Botschaft in dem Augenblicke zu verlassen, wo er so eben erst bei der Mission, mit der ihn das Gouvernement in Karlsruhe und in Baden betraute, deutlich kundgegebene Zeugnisse der Werthschätzung erhalten hat, welche der Kaiser, sowie der Hof und die deutsche Regierung seinem Verbleiben auf dem Botschafterposten, den er seit vier Jahren einnimmt, zu Theil werden lassen.“

Bemerkenswerth ist der bittere Ton, in welchem das gambettische Journal „Paris“ die Note der „Agence Havas“ kommentirt. Dem Blatte wäre jedenfalls besser gekent gewesen, wenn der französische Botschafter in Berlin in der That seine Demission eingereicht hätte.

Der Besuch des Herrn Gladstone in Leeds, der schon seit Wochen die Presse beschäftigte, ist Anlaß zu einer großartigen Parteidemonstration geworden. Bei dem gestrigen um zu Ehren veranstalteten Banket, an welchem gegen 1400 Personen theilnahmen, hielt der Premier eine Rede, in welcher er, einem Telegramm des „B. T. B.“ aus Leeds zufolge, ausschließlich über die Lage Irlands sprach, dessen moralischen und materiellen Fortschritt während der letzten 40 Jahre er hervorhob. Er sprach sich sehr heftig über das von Parnell gepredigte Pflünderungssystem aus, welches mit dem Patriotismus des Irlands O'Connell im Widerspruch stehe. Die Worte des letzteren sei: „Anhänglichkeit an das Vaterland“, hiesienige Parnells: „Feindschaft gegen England und Schottland.“ Parnell habe weder vor dem Eigentum, noch vor dem menschlichen Leben Achtung und thue alles Mögliche, die Irländer zu verhindern, die wirklichen Wohlthäter des Agrargesetzes zu genießen, da die Faszifikation Irlands seinen Interessen zuwiderlaufe. Die allgemeine Jaghaftigkeit Irlands sei sehr zu beklagen, und es sei zu bebauern, daß kein Meeting und keine Kundgebung zu Gunsten des Gesetzes und der Ordnung stattgefunden habe. Die Stunde des letzten Konflikt's zwischen dem Gesetze und der Ungerechtigkeit scheine heranzukommen. Er (Gladstone) rechne darauf, daß alle Klassen der Bevölkerung die Regierung unterstützen würden. (Beifaller Beifall.)

Gladstone wurde nach Schluß des Bankets von etwa 2500 Fackelträgern nach seiner Wohnung geleitet. Heute Vormittag sollte der Premier einem Meeting der Handelskammer beiwohnen und nachmittags einer Parteiverammlung im Hofe der Turnhalle, welche, wie man erwartet, von dreißigtausend Personen besucht werden wird.

In England ist man darauf gefaßt, den Kampf mit den Boern in Transvaal wieder aufnehmen zu müssen, da der Volksraad in Pretoria darauf besteht, aus der mit der englischen Regierung abgeschlossenen Konvention gerade die für die Engländer wichtigsten Bestimmungen zu beseitigen. Sie wollen ihre auswärtigen Beziehungen nicht der Kontrolle der Königin unterstellen und dem englischen Residenten keine Ausnahmebewilligung. Die Konvention wurde am 8. August unterzeich-

